



VERBAND DER ÖLSAATEN-
VERARBEITENDEN INDUSTRIE
IN DEUTSCHLAND

OVID-Brief

**Welthandel und Null-Toleranz:
Marktverzerrungen verhindern!**



Editorial

Es gibt Themen, bei denen die ganze Breite und Tragweite von Entscheidungen bereitwillig übersehen werden. Meist sind sie öffentlich nicht populär, und auch intern ist nur schwer eine Einigung zu erzielen. Besonders in Zeiten des Wahlkampfes rücken unpopuläre, wenngleich notwendige Entscheidungen bei diesen Themen in weite Ferne. Die Grüne Gentechnik ist ein solches Thema. Dabei geht es bei den aktuellen Fällen und den anstehenden Entscheidungen gar nicht um die generelle Pro-Contra-Diskussion, etwa: Ist Grüne Gentechnik sinnvoll oder notwendig? Ist sie für die menschliche und tierische Gesundheit sowie für die Umwelt sicher? Das sind Themen, die ausführlich in der Gesellschaft diskutiert werden müssen, und bei denen die Wissenschaft ein Primat bei der Risikoeinschätzung haben sollte. Diese Diskussion – die wir in Deutschland und Europa führen müssen – darf aber nicht über die bereits bestehenden Realitäten der Globalisierung der (agraren) Märkte und der Internationalisierung unternehmerischer Aktivitäten hinwegtäuschen. Außerhalb der EU werden gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in großer Zahl erforscht, sicherheitsgeprüft, zugelassen und angebaut. Das ist eine Tatsache, ob sie uns gefällt oder nicht.

Und wir müssen mit dieser Tatsache umgehen. Denn die Kette der Nahrungs- und Futtermittelindustrie in Deutschland und Europa muss handlungsfähig bleiben und agrarische Rohstoffe aus Drittländern importieren können – auch um die Versorgung sicherzustellen. Die Politik ist gefragt, verantwortungsbewusste und umsetzbare Rahmenbedingungen zu schaffen und Entscheidungen zeitnah zu treffen, um die Wirtschaftsabläufe nicht zu behindern. Das gilt insbesondere für den Import agrarischer Rohstoffe. Ein „Aussitzen“ hat einen enormen wirtschaftlichen Schaden für die europäischen Marktteilnehmer zur Folge: Sie tragen bei den internationalen Handelsverträgen das alleinige Risiko bei Importen; die wirtschaftlichen Nutznießer des GVO Anbaus sind allein die Erzeuger in Nordamerika und anderen Drittländern. Damit riskieren die politischen Entscheidungsträger, dass eine ganze europäische Wirtschaftsbranche ins Abseits gerät. Wir brauchen an sachlichen Notwendigkeiten orientierte Entscheidungen, nicht politisch motiviertes Handeln, das sich an Stimmungslagen orientiert und versucht, vermeintliche Verbraucherwünsche zu antizipieren.

Die jüngsten Fälle von Funden minimaler Spuren von in der EU sicherheitsgeprüfter, aber noch nicht vollständig genehmigter GVO-Maissorten in Sojabohnen und Sojaschrot in Deutschland und in Spanien haben ebenso gezeigt, wie virulent das Thema ist, wie Funde gentechnisch veränderter Leinsaat, die in Kanada zugelassen wurde, nicht jedoch in der EU. Schnelles und grundlegendes Handeln ist gefordert, wenn die EU nicht von den außereuropäischen Versorgungsmärkten abgekoppelt werden will. Dazu kann die Europäische Kommission, können aber auch die Mitgliedsstaaten beitragen. Und sie müssen dies tun, wenn sie ihrer Verantwortung gerecht werden wollen.

Petra Sprick

Geschäftsführerin OVID

Die Position von OVID

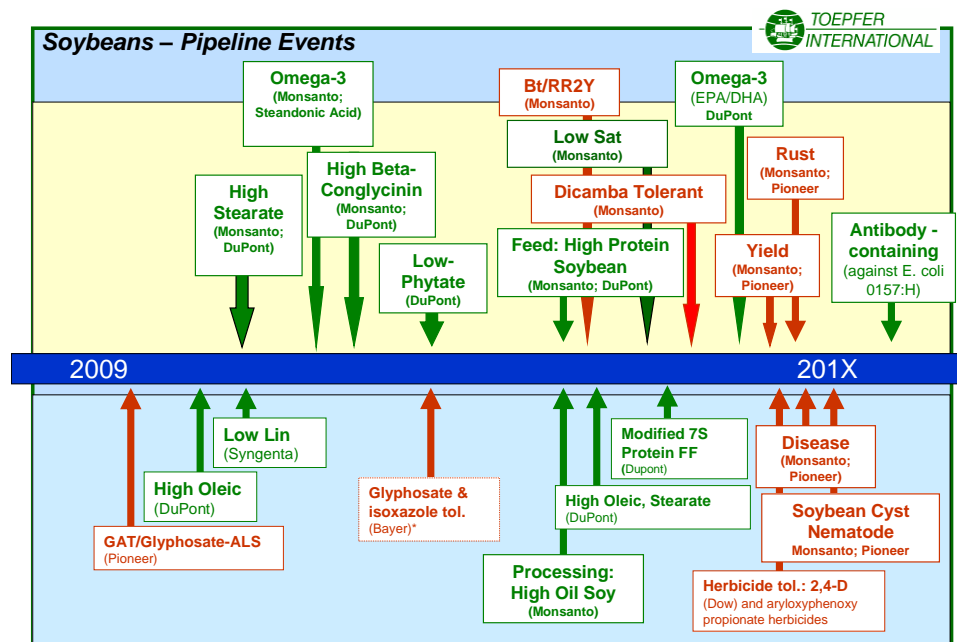
Umsetzbare Rahmenbedingungen, die die Realitäten des Weltmarktes einbeziehen – keine Chance für die Null-Toleranz

Die Grüne Gentechnik wird in der Öffentlichkeit viel und scharf diskutiert, oft auch polemisch ideologisiert. Von Gentechnik-Gegnern werden dabei Verbraucherängste geschürt. So ist es nicht verwunderlich, dass bei Politikern eine sachorientierte und alle Aspekte umfassende Auseinandersetzung mit dem Thema eher unbeliebt ist. Unabhängig von dieser Pro-Contra-Diskussion müssen Deutschland und die Europäische Union jedoch einen angemessenen Umgang mit den Realitäten am Weltmarkt finden. – Wo die Gentechnik großflächig und in großem Maßstab eingesetzt wird und Einzug in das Alltagsleben der Verbraucher gefunden hat. Die Politik darf sich auch in Zeiten von Wahlkampf und Wiederwahl nicht wegducken, wenn Handlungsbedarf besteht, und dadurch die deutsche und europäische Wirtschaft ins Abseits katapultieren.

Der Agrarmarkt ist ein globaler Markt. Deutschland und die Europäische Union sind in internationale Warenströme mit agrarischen Rohstoffen und Verarbeitungsprodukten eingebunden und mit ihnen unauflösbar verflochten. Dabei ist die Abhängigkeit der EU vom Weltmarkt groß – bei Exporten genauso wie bei Importen. Das gilt in besonderem Maße für solche agrarische Rohstoffe, die in Europa beispielsweise aufgrund klimatischer Bedingungen nicht angebaut werden können oder nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Innerhalb des globalen Agrarmarktes jedoch nimmt die Bedeutung der EU als Importeur und damit ihre Marktmacht und ihre Einflussmöglichkeiten stetig ab – und zwar in dem Maße, in dem andere Marktteilnehmer verstärkt hinzukommen: Vor allem der gewaltige „Hunger“ aufstrebender Wirtschaftsmärkte wie China und anderer asiatischer Länder wie Indien spielen hier eine Rolle.

Die EU kann also nicht – wie immer wieder behauptet wird – dem Weltmarkt ohne Weiteres Anbau- und Lieferbedingungen diktieren. Dies tun nun andere, die die EU mit ihrem Importvolumen inzwischen überflügelt haben.

Tatsache ist, dass sich der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen weltweit in den letzten fünf Jahren je nach Kulturart verdoppelt bis verdreifacht hat. Bei Sojabohnen beispielsweise liegt der Anteil des Anbaus von GVO-Sojabohnen in den USA bei 91 Prozent, in Argentinien sogar bei 98 Prozent und auch in Brasilien bei 65 Prozent, mit steigender Tendenz. Die Entwicklung in China und Indien geht ebenfalls in diese Richtung. Diese Zahlen unterstreichen, dass es zunehmend schwieriger wird, konventionelle Ware auf den Weltmärkten zu erhalten. GVO sind hier mittlerweile der Standard.



Sojabohnen in der Warteschleife: Für eine Vielzahl von Sorten wird in naher Zukunft eine Zulassung in den USA erwartet (siehe Schaubild). Die Genehmigungsverfahren in der EU verzögern sich hingegen oftmals politisch motiviert. Quelle: ASA

grün: Saaten mit neuen Inhaltsstoffen
 rot: Saaten mit veränderten agronomischen Merkmalen (GVO der 2. Generation)

Die Politik der Null-Toleranz beim Import von agrarischen Rohstoffen ist praxisfern und illusorisch im internationalen Handel. Null-Toleranz heißt nämlich, dass nichts nachgewiesen werden darf, selbst wenn die Spuren so gering sind, dass eine Quantifizierung wissenschaftlich nicht möglich ist. Zudem kann man das Vorhandensein von „Nichts“ wissenschaftlich nicht nachweisen. Die Garantie einer 100-%igen Reinheit kann also niemand geben. Werden jedoch minimale Spuren, etwa Staub, einer in der EU nicht zugelassenen GVO-Sorte in einem Frachtschiff nachgewiesen, hat das zur Konsequenz, dass die

gesamte Ware nicht mehr verkehrsfähig ist, d. h. dass sie nicht mehr in die Produktion und den Handel gegeben werden darf. – Mit erheblichen wirtschaftlichen Verlusten, da in der Regel mehrere zehntausend Tonnen auf einmal betroffen sind; aus den USA landen sogar Schiffe mit bis zu 100 000 Tonnen in den Häfen von Rotterdam und Hamburg. Auch solche GV-Sorten sind nicht verkehrsfähig, die bereits von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (European Food Safety Authority – EFSA) als unbedenklich eingestuft wurden, die aber noch den formalen politischen Genehmigungsprozess durchlaufen müssen. Dieser zieht sich, politisch motiviert, erfahrungsgemäß meist einige Jahre hin.

Auch beim Thema Null-Toleranz spielt die EU-Kommission den Ball von der europäischen Ebene zu den einzelnen Mitgliedsstaaten und diese zurück zur EU. Damit wird wertvolle Zeit vertan. In der Zwischenzeit werden bereits neue GVO außerhalb Europas genehmigt und das Problem potenziert sich für den europäischen Markt. Die Politik verweigert sich bislang einer verantwortungsbewussten Entscheidung.

Unvereinbarkeit von Null-Toleranz und asynchronen Genehmungsverfahren mit dem Weltmarkt

Die Unvereinbarkeit der Null-Toleranz und der verzögerten Genehmungsverfahren mit dem internationalen Agrarmarkt ist in den letzten Monaten besonders deutlich geworden: Im Juni dieses Jahres wurden in Deutschland und Spanien nicht quantifizierbare Spuren von GVO-Mais in Sojabohnen und Sojaschrot aus den USA gefunden. Bei den betroffenen Maissorten handelt es sich um MON88017 und MIR604. In Nordamerika werden diese Sorten seit Jahren angebaut. In der EU sind sie noch nicht vollständig zum Import zugelassen, wurden jedoch bereits von der EFSA wissenschaftlich als unbedenklich eingestuft.

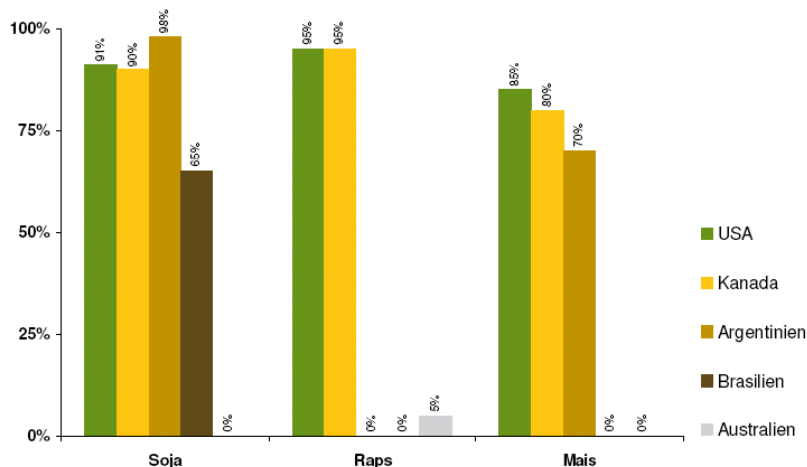
Ab Herbst ist die Einfuhr von Sojabohnen und Sojaschrot aus den USA in die Europäische Union aufgrund dieser Fälle faktisch nicht mehr möglich. Zu groß sind die unternehmerischen Risiken für die Importeure und Verarbeiter: Es drohen Rückholaktionen bei erneuten Funden von minimalen GVO-Spuren, und die Haftungsfragen sind ungeklärt. Die Mitgliedsstaaten der EU einschließlich Deutschland sind jedoch dringend auf die Soja-Importe aus den USA angewiesen. Soja ist der wichtigste Proteinträger in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie; die EU kann nur etwa ein Drittel ihres Proteinbedarfs selber decken. Im Frühjahr und im Sommer bezieht die EU daher Soja v. a. aus Südamerika.

Aufgrund einer Trockenperiode in Südamerika Anfang des Jahres fiel die Ernte sehr gering aus. Daher werden ab Oktober 2009 nur noch sehr kleine Lagerbestände vorhanden sein, und der europäische Bedarf kann nicht gedeckt werden. Wenn nun die US-Lieferungen aus den skizzierten Gründen ausfallen, entsteht hier eine riesige Versorgungslücke, denn es gibt auf dem Weltmarkt derzeit keinen Ersatz für Importe aus den USA bis die neue Ernte aus Südamerika im März 2010 bereit steht.

Soja ist nur die Spitze des Eisberges – Spuren von in den EU noch nicht genehmigten GVO können bei allen agrarischen Rohstoffen auftreten

Die Fälle der letzten Monate sind nur die Spitze des Eisberges. Das Problem ist keinesfalls auf Sojabohnen beschränkt. Denn beim landwirtschaftlichen Anbau sowie beim Handel und der Weiterverarbeitung von agrarischen Rohstoffen ist es praktisch nicht möglich, Spuren von anderen Pflanzenbeständen/Organismen zu hundert Prozent zu verhindern. Daher können Spuren von in den EU noch nicht vollständig genehmigten GVO bei allen Commodities (Massenschüttgüter), die aus Nordamerika in die EU importiert werden, auftreten, d. h. auch bei Reis, Weizen, Gerste, Sorghum, ...

Anteil von GVO an der Anbaufläche 2009



© OVID 2009
 Quellen: Toepfer International, ISAAA, USDA

Wie kann es zu unbeabsichtigten Spuren von nicht genehmigten GVO in agrarischen Rohstoffen kommen?

Bereits bei der Ernte beginnt das Problem von unbeabsichtigten Spuren von GVO-Einträgen. Beispielsweise beim Einsatz von Erntemaschinen oder LKW, die trotz Säuberung einige Körner von zuvor geerntetem GVO-Mais enthalten können, die dann entsprechende Spuren in für den Export bestimmtes Soja hinterlassen. Das Problem setzt sich in der Kette fort und kann trotz Einhaltung strenger Vorschriften auch beim Transport ebenso wie bei der Verarbeitung auftreten.

Dass die Vermeidung von Staubspuren nicht möglich ist, hat die Politik bei der Kennzeichnung von Lebens- und Futtermittel auch berücksichtigt: Bleibt der Anteil an genehmigten GVO in agrarischen Rohstoffen und Produkten unterhalb von 0,9 Prozent, müssen diese nicht als aus gentechnisch veränderten Organismen hergestellte Produkte gekennzeichnet werden. Im Übrigen gilt das auch für Bioprodukte, die somit Spuren von GVO enthalten können.

GVO Leinsaat aus Kanada: EU Politik führt zu Versorgungsengpässen, Verbraucherverunsicherung und enormen wirtschaftlichen Schäden in Europa

Auch der Fall von in der EU nicht zugelassener Leinsaat aus Kanada in konventioneller Leinsaat zeigt einmal mehr, welche Auswirkungen die europäische GVO Politik haben kann – für die Wirtschaft und für die Verbraucher. Die gentechnisch veränderte Leinsaat CDC Triffid, die im September in Deutschland und in anderen EU Ländern nachgewiesen wurde, war in Kanada sicherheitsgeprüft und genehmigt. Es bestehen also weder eine Gesundheitsgefahr für Mensch und Tier noch Risiken für die Umwelt. Aufgrund der GVO Ablehnung in Europa wurde kein Antrag auf Genehmigung für den europäischen Markt gestellt.

Gerade beim Fall Leinsaat wird deutlich, wie haltlos auch der Vorwurf ist, dass die Unternehmen bewusst die Verbraucher täuschen wollen. Das gesamte Risiko bei der Einfuhr von agrarischen Rohstoffen liegt nämlich bei den europäischen Unternehmen. Die internationalen Handelsverträge verpflichten allein die Importeure, die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen – und ggf. die Konsequenzen und Kosten für Rückholaktionen und Ausfälle in Millionen Höhe zu tragen. Und das, obwohl sie letztendlich nicht beeinflussen können, dass Spuren von

nicht genehmigten GVO in ihrer Fracht sind. Vielmehr müssen sie auch nach Funden von nicht genehmigten GVO die Verträge mit ihren Handelspartnern erfüllen und die Ware abnehmen. Die alleinigen wirtschaftlichen Nutznießer des GVO Anbaus sind daher die Erzeuger in Nordamerika und anderen Drittländern.

Daher schadet eine Politik der Null-Toleranz und politisch motivierter verzögerter Zulassungsverfahren allein der eigenen europäischen Wirtschaft und gefährdet die gesamte betroffene Branche in Europa. Und sie führt dazu, dass wir mehr Nahrungsmittel aus Drittländern in die EU einführen müssen – auf deren Qualität wir keinen Einfluss haben.

Kurz gesagt: Wenn wir kein qualitatives Futtermittel für die Hähnchenmast mehr importieren können, müssen wir die Hähnchen direkt aus Brasilien oder anderen Drittländern importieren. – Wo regelmäßig mit in den EU nicht erlaubten GVO gefüttert wird und wo wesentlich geringere Auflagen beim Tierschutz gelten.

- *Daher sind die Europäische Kommission wie auch die EU-Mitgliedsstaaten – und hier besonders Deutschland – dringend aufgefordert, aktiv zu werden. Es bedarf eines praktikablen Schwellenwertes für sogenannte Low Level Presence (LLP) von gentechnisch veränderten Organismen, die in Drittstaaten zugelassen sind, beispielsweise von 0,5 Prozent wie im Schweizer Modell.*
- *Ein Schwellenwert für LLP würde zumindest kurzfristig helfen und dementsprechend auch die aktuelle Import Lücke der nächsten Monate bei Soja überbrücken. Um das eigentliche Problem an der Wurzel zu packen, braucht die Wirtschaft jedoch eine weltweit stärkere Harmonisierung der Genehmigungsverfahren. Ansonsten besteht immer wieder das Risiko, dass die Versorgung mit lebenswichtigen Ölsaaten und Eiweißfuttermitteln in der EU gefährdet ist. Konnte in der Vergangenheit der faktische Importstopp von Mais und Maiskleberfutter aus Nordamerika (Corn gluten Feed und DDGS) noch durch Rapsschrot und andere Mittelproteine ersetzt werden, haben wir diese Möglichkeit bei Soja definitiv nicht.*

OVID-Porträts

In dieser Reihe stellen wir in jedem OVID-Brief einige Mitgliedsfirmen vor. In dieser Ausgabe zwei Ölmühlen aus Neuss: die Walter Rau AG sowie die C. Thywissen GmbH.

Walter Rau AG

Die Walter Rau Neusser Öl und Fett AG ist einer der führenden Hersteller qualitativ hochwertiger, pflanzlicher Fette und Öle. Das Unternehmen vertreibt Produkte an namhafte Großkunden der (Lebensmittel-) Industrie im In- und Ausland und hat sich damit einen Namen mit internationalem Ruf erarbeitet.



Mit modernsten Verfahren und nach einem durchgängigen Qualitätsmanagementsystem veredelt Walter Rau ausgewählte pflanzliche Rohstoffe zu funktionellen Ölen und Fetten. Dabei wird bei der Produktentwicklung nicht nur Wert auf die optimale Funktionalität der Produkte gelegt, sondern in besonderem Maße auf eine ganzheitliche Lösung. Jährlich werden über 200.000 Tonnen pflanzliche Fette und Öle produziert. Eine Vielzahl verschiedener Produkte liefern sie „just-in-time“ an ihre Kunden, darunter zahlreiche bekannte Markenartikel der Süßwarenindustrie, Produzenten von Back- und Dauerbackwaren, Hersteller von Frittierartikeln, Verarbeitern von Molkereiprodukten sowie der Eiscrème- und Margarineindustrie. Besonders maßgeschneiderte Produkte sind die Stärke des Unternehmens.

Als Hersteller sieht die Walter Rau AG nicht nur als ihre Aufgabe an, gesunde Lebensmittel herzustellen, sondern auch die ernährungsphysiologischen Trends und Entwicklungen ständig zu beobachten und ihre Produktpalette dementsprechend fortlaufend zu optimieren. Alle Produkte sind rein pflanzlichen Ursprungs, kosher und halal. Die Walter Rau Neusser Öl und Fett AG trägt also den verschiedenen kulturellen Anforderungen Rechnung. Sie sind zudem zertifiziert nach DIN 14001, IFS und haben das TÜV Siegel „Geprüfte Qualität“. Die Walter Rau AG ist zugelassener Verarbeiter von biologischen Rohölen. Seit 1999 agiert die Walter Rau AG als selbstständiges Profit Center innerhalb der Cremer Gruppe, die weltweit mit Rohstoffen wie Getreide und Ölsaaten handelt.

C. Thywissen GmbH

Historie und Firmenprofil

1839 gründete Caspar Thywissen die Ölmühle C.Thywissen in Neuss, die von der Familie Thywissen heute bereits in der sechsten Generation geführt wird. Der Standort Neuss ermöglichte durch seine Lage am Rhein den Transport von verschiedenen Ölsaaten aus Europa und Übersee per Schiff, so dass sich die Jahreskapazität der Ölmühle auf inzwischen 700.000 Tonnen stetig erweitern konnte.

Mit Spezialisierung auf die industrielle Fertigung wurde das Unternehmen um die Produktionsparten Malz, Malzmehle und Biodiesel ausgebaut. Obwohl sich der Stammsitz nach wie vor in Neuss befindet, dehnten sich die Aktivitäten des Unternehmens auf ganz Deutschland, Polen und Frankreich aus. Dadurch konnte die Marktstellung

durch branchennahe oder erweiternde Produktionsbetriebe gestärkt werden. Durch eine optimale Verzahnung von Fertigung, Logistik und internationalem Handel erfüllt die C.Thywissen GmbH die Anforderungen seiner Kunden auf höchstem Niveau. Aus der Abstimmung der verschiedenen Unternehmensfelder mit den Ansprüchen des Marktes werden neue Konzepte, die eine etwas andere Dienstleistung als üblich bieten, entwickelt.



Fakten und Zahlen

Gegründet:	1. Juli 1839
Sitz der Gesellschaft:	Neuss
Geschäftsführung:	Dipl.-Kfm. Wilhelm F. Thywissen Detlev Volz Dipl.-Braumeister Joseph Menu
Jahresumsatz (2008):	€ 820 Mio.
Bilanzsumme (2008):	€ 88 Mio.
Mitarbeiter:	285 (davon 7 Auszubildende)

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband der Ölsaaten
verarbeitenden Industrie in Deutschland e. V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
www.ovid-verband.de

Verantwortlich:

Petra Sprick
Geschäftsführerin
E-Mail: sprick@ovid-verband.de

Redaktion

Kirstin Karotki
Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Tel: +49 (0)30 / 726 259 30
E-Mail: karotki@ovid-verband.de

Ausgabe: September 2009